



STIFTERVERBAND

WAHLPROGRAMM- ANALYSE BERLIN

Untersuchung der wissenschafts- und innovationspolitischen Positionen der Parteien

INHALT

Executive Summary	2
1. Ausgangslage und Zielsetzung	3
1.1 Vorbemerkung	3
1.2 Kontext: Forschung und Innovation in Berlin	3
1.3 Zielsetzung und methodisches Vorgehen	4
2. Wissenschafts- und Hochschulsystem in Berlin	4
3. Innovationspolitik in Berlin	9
4. Fazit: Zukunftsbilder für den Wissenschafts- und Innovationsstandort Berlin	15
Glossar	18
Literaturverzeichnis	19

EXECUTIVE SUMMARY

Mit der Wahl zum Abgeordnetenhaus werden zentrale Weichen für die Wissenschafts- und Innovationspolitik Berlins gestellt. Der neue Senat muss entscheiden, wie Hochschulen, Forschung, Unternehmen und Start-ups zur wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und technologischen Entwicklung der Stadt beitragen sollen. Dabei geht es um verlässliche Hochschulfinanzierung und planbare wissenschaftliche Karrieren ebenso wie um Wissenschaftsfreiheit, Transfer, Gründungen und sicherheitsrelevante Forschung. Zugleich steht Berlin vor der Aufgabe, die Innovationsstrategie Berlin-Brandenburg 2035 umzusetzen und seine Stärken angesichts digitaler, ökologischer, demografischer und geopolitischer Veränderungen strategisch weiterzuentwickeln. Die vorliegende Analyse zeigt, dass die zentrale Trennlinie weniger zwischen Wissenschaft und Innovation verläuft als zwischen unterschiedlichen Vorstellungen über die Rolle des Staates, den Stellenwert wirtschaftlicher Verwertung sowie die Bedeutung von Sicherheits- und Verteidigungsaspekten für die künftige Entwicklung des Innovationsstandorts Berlin.

Berlin verfügt mit rund 200.000 Studierenden im Wintersemester 2024/25, vier großen Universitäten, mehreren Hochschulen für angewandte Wissenschaften, der Charité und zahlreichen außeruniversitären Forschungseinrichtungen über eines der größten und vielfältigsten Wissenschaftssysteme Deutschlands. Die langfristig stark gestiegenen Studierendenzahlen und die international sichtbare Forschungslandschaft treffen jedoch auf einen erheblichen Investitions- und Sanierungsbedarf sowie auf Unsicherheit über die Verlässlichkeit der Hochschulfinanzierung. Auch bei wissenschaftlichen Karrieren bleiben Befristungen und unsichere Übergänge zentrale Herausforderungen. Gleichzeitig bieten elf Zukunftsorte, also ausgewählte Standorte von Innovations- und Technologiezentren, eine ausgeprägte Start-up-Szene und neue Transferstrukturen gute Voraussetzungen, wissenschaftliche Erkenntnisse in wirtschaftliche und gesellschaftliche Anwendungen zu überführen. Handlungsbedarf besteht insbesondere dabei, Forschungsergebnisse von der Entwicklung über Erprobung und Ausgründung bis zur Skalierung zu begleiten sowie klare Rahmenbedingungen für sicherheitsrelevante Forschung zu schaffen.

Die Analyse zeigt, dass alle Parteien Wissenschaft und Innovation eine hohe Bedeutung für die Zukunft Berlins beimessen, sich ihre Leitbilder jedoch deutlich unterscheiden. Die CDU verbindet Wissenschaft vor allem mit Hightech, industrieller Skalierung und Verteidigungstechnologien, während die SPD Berlin als führenden europäischen Innovationsstandort mit Spitzenforschung, Produkten „Made in Berlin“ und guten Arbeitsplätzen positionieren will. Die Grünen verbinden Wissenschaft und Innovation mit dem Ziel einer klimaneutralen, digital souveränen und resilienten Wirtschaftsentwicklung. Die Linke stellt öffentliche Wissenschaft, gesellschaftliche Öffnung, gute Arbeit und sozial-ökologische Wertschöpfung in den Vordergrund. Die AfD will Berlin wieder als industriellen Kernstandort etablieren, ausgewählte Hochtechnologien fördern und militärische Forschung ermöglichen, verbindet diese Ziele jedoch nicht zu einer durchgängigen Gesamtstrategie. Übergreifend bleibt offen, wie Hochschulfinanzierung, Karrierewege, Transfer, Gründungsförderung und technologische Profilbildung langfristig finanziert, miteinander verknüpft und angesichts begrenzter Ressourcen priorisiert werden sollen.

1. AUSGANGSLAGE UND ZIELSETZUNG

1.1 Vorbemerkung

Die vorliegende Analyse der Wahlprogramme zur Abgeordnetenhauswahl in Berlin konzentriert sich auf die Wissenschafts- und Innovationspolitik. Sie ist ein zentrales Politikfeld für wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung, Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft. Aus Sicht des Stifterverbandes braucht Deutschland ein leistungsfähiges und international anschlussfähiges Wissenschafts- und Innovationssystem, das Wissenschaftsfreiheit als Grundprinzip sichert sowie Offenheit und Vielfalt fördert. Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft müssen eng zusammenwirken, damit aus wissenschaftlichen Erkenntnissen Innovationen entstehen und neue Lösungen in die Anwendung gelangen. Diese Grundprinzipien sind auch für die zukünftige Ausgestaltung der Wissenschafts- und Innovationspolitik in Berlin von zentraler Bedeutung.

Aus Sicht des Stifterverbandes kommt Berlin aufgrund seiner einzigartigen Dichte an Hochschulen, Forschungseinrichtungen, technologieorientierten Unternehmen und Start-ups eine besondere Bedeutung im deutschen Innovationssystem zu. Entscheidend wird sein, ob es gelingt, wissenschaftliche Exzellenz, Transfer, Gründungen und industrielle Wertschöpfung stärker miteinander zu verbinden und daraus nachhaltige Innovationsdynamik zu entwickeln.

Die Analyse umfasst die Wahlprogramme aller Parteien, die derzeit im Abgeordnetenhaus von Berlin vertreten sind, darunter auch die AfD. Im Bund und in verschiedenen Bundesländern wird die Partei als rechtsextremistischer Verdachtsfall oder als gesichert rechtsextremistisch geführt, da Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung vorliegen. Dennoch hat sich der Stifterverband für die Einbeziehung des Wahlprogramms der AfD in die Analyse entschieden und deren wissenschafts- und innovationspolitische Positionen nach denselben Kriterien analysiert. Der Stifterverband möchte damit zu einer differenzierten und sachorientierten Auseinandersetzung und Transparenz beitragen.

1.2 Kontext: Forschung und Innovation in Berlin

Wissenschaft und Innovation sind für die Zukunft Berlins von zentraler Bedeutung, weil sie zur Bewältigung tiefgreifender technologischer, ökologischer, demografischer und sicherheitspolitischer Veränderungen beitragen soll. Die Innovationsstrategie der Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg 2035 leitet daraus vier Transformationsziele ab: die Gestaltung des digitalen Wandels, die Reduktion von Treibhausgasemissionen und des Ressourcenverbrauchs, den Umgang mit dem demografischen Wandel sowie die Stärkung von Sicherheit und Verteidigungsfähigkeit. Angesichts hybrider Bedrohungen, Cyberangriffen und geopolitischer Unsicherheiten sollen Wissenschaft, Wirtschaft, Verwaltung und Bundeswehr enger zusammenwirken und auch sicherheitsrelevante Innovationen in den Blick nehmen. Leistungsfähige Wissenschafts- und Innovationsstrukturen bilden damit eine wesentliche Grundlage für eine wettbewerbsfähige, resiliente und nachhaltige Entwicklung der Hauptstadtregion (vgl. Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe, 2026, S. 8–10).

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, welche Antworten die Landespolitik auf diesen technologischen, gesellschaftlichen und sicherheitspolitischen Wandel gibt. Die Bundesländer verfügen insbesondere in der Hochschulpolitik über weitreichende Gestaltungsmöglichkeiten – etwa bei der Finanzierung, dem Hochschulrecht und der strategischen Weiterentwicklung des Wissenschaftssystems. Auch die Innovationsförderung sowie Maßnahmen zur Stärkung von Resilienz und Wettbewerbsfähigkeit werden maßgeblich auf Landesebene gestaltet, häufig im Zusammenwirken mit Bund, Kommunen und Europäischer Union.

1.3 Zielsetzung und methodisches Vorgehen

Das Ziel dieser Analyse besteht darin, die wissenschafts- und innovationspolitischen Positionen der Parteien systematisch zu erfassen, einzuordnen und mit einer standortbezogenen Perspektive zu verbinden. Die Analyse folgt drei Leitfragen:

- Welche Herausforderungen für Wissenschaft und Innovation identifizieren die Parteien?
- Welche Instrumente und Maßnahmen schlagen sie vor?
- Welches langfristige Zukunftsbild für den Wissenschafts- und Innovationsstandort Berlin liegt den Vorschlägen zugrunde?

Die Analyse gliedert sich in zwei Bereiche: Erstens untersucht sie das Wissenschafts- und Hochschulsystem mit den Schwerpunkten Finanzierung und wissenschaftliche Karrieren sowie Wissenschaftsfreiheit und Hochschulautonomie. Zweitens betrachtet sie die Innovationspolitik mit den Schwerpunkten Kooperationen, Transfer und Start-ups sowie Resilienz und sicherheitsrelevante Forschung. Diese Themen bilden einen für das Forschungs- und Innovationssystem besonders relevanten, aber nur einen begrenzten Ausschnitt ab.

Die ausgewählten Parteipositionen werden auf Grundlage der jeweiligen Wahlprogramme möglichst originalgetreu paraphrasiert. Bei der Darstellung der Parteipositionen werden zunächst die Regierungsparteien aufgeführt. Anschließend folgen die Oppositionsparteien in absteigender Reihenfolge ihrer Stimmenanteile bei der vergangenen Abgeordnetenhauswahl.

Berlin ist nicht nur Hochschulstandort, sondern auch Hauptstadt und eines der wichtigsten Innovationszentren Europas. Die politischen Entscheidungen der kommenden Legislaturperiode betreffen daher nicht nur die Leistungsfähigkeit einzelner Hochschulen, sondern die Rolle Berlins im nationalen und europäischen Innovationssystem insgesamt.

2. WISSENSCHAFTS- UND HOCHSCHULSYSTEM IN BERLIN

2.1 Ausgangslage und Kontext

Zahl der Studierenden steigt: Berlin verfügt über eines der größten und vielfältigsten Wissenschafts- und Hochschulsysteme Deutschlands. Im Wintersemester 2024/25 waren rund 200.000 Studierende eingeschrieben. Gegenüber etwa 130.000 im Wintersemester 2006/07 entspricht dies einem langfristigen Zuwachs von rund 54 Prozent. Mit der Freien Universität, der Humboldt-Universität und der Technischen Universität besitzt Berlin drei große Universitäten mit jeweils mehr als 34.000 Studierenden, zudem die Universität der Künste (UdK); die Hochschule für Technik und Wirtschaft ist mit knapp 15.000 Studierenden die größte HAW Bundeslandes (Statistisches Bundesamt, 2025). Hochschulen, Charité, außeruniversitäre Forschungseinrichtungen und forschende Unternehmen bilden gemeinsam eine wissenschaftliche Infrastruktur von nationaler und internationaler Bedeutung. Die institutionelle Dichte erhöht zugleich den Bedarf an dauerhaft finanzierbarem Personal, modernen Gebäuden, Forschungsinfrastrukturen und digitalen Systemen.

Verlässlichkeit der Hochschulfinanzierung unter Druck: Die Finanzierung der staatlichen Hochschulen wird wesentlich über mehrjährige Hochschulverträge geregelt. Die im Februar 2024 geschlossenen Verträge für 2024 bis 2028 sahen zunächst einen jährlichen Aufwuchs der konsumtiven Zuschüsse um 5 Prozent vor. Die Grundfinanzierung sollte von rund 1,52 Milliarden Euro auf mehr als 1,85 Milliarden Euro steigen (LKRP, 2024; Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege, 2024b). Diese Zusagen wurden infolge der Haushaltskonsolidierung nicht vollständig umgesetzt. Für 2025 bezifferte die Berliner Hochschule für

Technik die kurzfristige Kürzung für die Berliner Wissenschaft auf 142 Millionen Euro. Die im Februar 2026 unterzeichneten Änderungsverträge sehen wieder steigende Zuschüsse vor. Das Land übernimmt ab 2026 die Versorgungslasten, stellt zusätzliche 62 Millionen Euro für 2027 und 2028 bereit und nutzt rund 156 Millionen Euro nicht zweckgebundener Hochschulrücklagen für ein Solidarmodell zugunsten insbesondere kleinerer Hochschulen (Senatskanzlei Berlin, 2025; Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege, 2026).

Der neue Finanzierungspfad bleibt hinter den ursprünglichen Zusagen zurück. Hochschulen verweisen auf mögliche Folgen für Stellenbesetzungen, Studienkapazitäten, kleinere Studienangebote und Investitionen (BHT, 2026; HTW Berlin, 2026). Die Kontroverse betrifft deshalb nicht nur die Höhe der Zuschüsse, sondern auch die Frage, ob mehrjährige Vereinbarungen eine belastbare Grundlage für Profilbildung, Personalplanung und Infrastrukturentwicklung bieten.

Planungssicherheit für wissenschaftliche Karrieren: Wissenschaftliche Karrierewege bleiben ein zentrales Handlungsfeld. Bundesweit waren 99,7 Prozent der promovierenden und 90 Prozent der promovierten wissenschaftlichen Beschäftigten befristet tätig; diese Werte sind als Kontext und nicht als Berliner Kennzahlen zu verstehen (Konsortium Bundesbericht Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in einer frühen Karrierephase, 2025). Nach dem Wegfall der Anschlusszusage gewinnen Tenure Track, Dauerstellen für dauerhafte Aufgaben, angemessene Vertragslaufzeiten und transparente Personalentwicklung an Bedeutung. Solche Modelle sind nur tragfähig, wenn sie langfristig finanziert werden.

Eine weitere Entwicklung ist das Promotionsrecht der Berliner HAW in ausgewiesenen forschungsstarken Feldern. Es stärkt anwendungsorientierte Karrierewege und kann die Verbindung von Forschung, Praxis und Transfer vertiefen, verlangt aber zusätzliche Ressourcen für Betreuung, Qualitätssicherung und Forschungsinfrastrukturen (BerlHG, 2026, §§ 25, 35; BHT, 2021).

Rechtlich geschützt, praktisch herausgefordert: Wissenschaftsfreiheit und Hochschulautonomie sind in Deutschland rechtlich geschützt. Artikel 5 Absatz 3 des Grundgesetzes garantiert die Freiheit von Wissenschaft, Forschung und Lehre; das Berliner Hochschulgesetz konkretisiert diesen Schutz und überträgt den Hochschulen Verantwortung für Forschung, Lehre, Organisation und Personal (BerlHG, 2026, §§ 2-5a; GG, 1949, Art. 5 Abs. 3). Zugleich werden Hochschulen durch Finanzierungsentscheidungen, Zielvereinbarungen und gesetzliche Vorgaben gesteuert. Entscheidend ist daher, dass Entscheidungen über Forschungsfragen, Methoden, wissenschaftliche Bewertung und Personal in wissenschaftsadäquaten und transparenten Verfahren erfolgen. Eine Sonderauswertung von Daten des Hochschul-Barometers ergibt, dass die Berliner Hochschulen ihre Autonomie seit 2022 durchgehend schlechter als der Bundesdurchschnitt bewerten (Stifterverband, 2026).

Ein Konflikt um die Reichweite staatlicher Steuerung entstand durch die Berliner Anschlusszusage für promovierte wissenschaftliche Beschäftigte. Das Bundesverfassungsgericht erklärte die Regelung 2025 für verfassungswidrig, weil sie die geschützte Personalautonomie der Hochschulen berührte und dem Land die arbeitsrechtliche Gesetzgebungskompetenz fehlte (Bundesverfassungsgericht, 2025). Die Entscheidung verdeutlicht das Spannungsverhältnis zwischen institutioneller Autonomie und dem Ziel verlässlicher Beschäftigungsperspektiven.

2.2 Finanzierung der Wissenschaft und wissenschaftliche Karrieren

2.2.1. Parteiprogramme im Überblick

Die **CDU** will den Hochschulen zusätzliche Einnahmen ermöglichen und dafür begrenzte Studienbeiträge bei deutlicher Überschreitung der Regelstudienzeit sowie für Studierende aus Nicht-EU-Staaten prüfen; die Mittel sollen der Qualität von Studium und Lehre zugutekommen. Sie sieht einen Sanierungs- und Instandhaltungsrückstau und fordert neben den Hochschulverträgen eine verlässliche Investitionsplanung für Sanierung und Ausbau der Hochschulstandorte. Eine weiterentwickelte Hochschulbaugesellschaft soll Bauprojekte beschleunigen, wobei auch alternative Finanzierungsmodelle wie Public-Private-Partnership-Modelle geprüft werden sollen. (vgl. CDU-Wahlprogramm, S. 49).

Die **SPD** will die Hochschulfinanzierung stabil und verlässlich nach dem Vorbild des Pakts für Forschung und Innovation gestalten und mit einer finanziell hinterlegten forschungspolitischen Strategie verbinden. Für Sanierung, Modernisierung und Neubau wissenschaftlicher Gebäude sieht sie eine vom Land ausfinanzierte Hochschulbaugesellschaft vor, deren Refinanzierung nicht zulasten von Studium, Lehre, Forschung und Transfer gehen soll. Bei wissenschaftlichen Karrieren setzt sie auf mehr Dauerstellen, unbefristete Beschäftigung als Regelfall für Promovierte, den Ausbau von Tenure-Track-Professuren und eine Reform des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes. Außerdem will sie Transferleistungen bei der Bewertung wissenschaftlicher Karrieren berücksichtigen sowie Gründungs- und Transferfreisemester ermöglichen (vgl. SPD-Wahlprogramm, S. 43–45).

Die **Grünen** führen unsichere Karriereperspektiven, Stellenkürzungen und fortbestehende Kettenbefristungen auf Haushaltskürzungen, die Aufkündigung der Hochschulverträge und das daraus resultierende schwierige Verhältnis zwischen Senat und Hochschulen zurück. Als zentralen langfristigen Ansatz wollen sie Hochschulverträge in einem partizipativen Prozess neu gestalten, die Finanzierung verlässlich erhöhen und Kostensteigerungen abfedern. Zugleich fordern sie eine Sanierungs- und Modernisierungsoffensive für eine klimagerechte, barrierefreie und digitale Wissenschaftsinfrastruktur. Bei den Karrierebedingungen wollen sie den Anteil festangestellter Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, insbesondere unter Postdocs, deutlich erhöhen, Befristungen in einem verbindlichen Dialog mit den Hochschulen abbauen und mehr Dauerstellen schaffen. Ergänzend nennen sie bessere Bedingungen für Lehrbeauftragte und studentische Beschäftigte, einen neuen Tarifvertrag für studentische Beschäftigte sowie die Förderung von Departments und flacheren Hierarchien (vgl. Bündnis 90/Die Grünen-Wahlprogramm, S. 113–115).

Die **Linke** will nach einer Bestandsaufnahme der Kürzungen, Stellen und Studienkapazitäten auskömmlich finanzierte Hochschulverträge abschließen und gemeinsam mit den Hochschulen ein Zielbild für die Hochschullandschaft 2035 entwickeln. Den Sanierungs- und Investitionsstau möchte sie abbauen; eine kreditfähige öffentliche Hochschulbaugesellschaft unterstützt sie nur unter Bedingungen der Mitbestimmung, des Beschäftigtenschutzes und der Entscheidungshoheit der Hochschulen, während sie Public-Private-Partnership-Konzepte ablehnt. Für die Personalstruktur fordert sie, Daueraufgaben grundsätzlich durch Dauerstellen abzusichern, Tätigkeitsprofile zentral bewerten zu lassen und Departmentstrukturen sowie wissenschaftliche Selbstständigkeit jenseits der Professur auszubauen. Weitere Schwerpunkte sind die Weiterentwicklung des Forums Gute Arbeit, eine angemessene Vergütung von Lehraufträgen, die Begrenzung von Outsourcing und die Einbeziehung aller Beschäftigtengruppen (vgl. Die Linke-Wahlprogramm, S. 219–222).

Die **AfD** sieht sowohl eine unzureichende Grundfinanzierung als auch einen Sanierungsbedarf bei den Hochschulgebäuden und will mit einer zusätzlichen Forschungsmilliarde die Abhängigkeit der Hochschulen von Drittmitteln verringern. Zusätzliche Einnahmen sollen durch einkommensabhängig zurückzuzahlende, nachgelagerte Studiengebühren sowie durch Studiengebühren für Studierende aus Nicht-EU-Staaten entstehen. Die Einnahmen aus den Gebühren für Nicht-EU-Studierende will die AfD für Maßnahmen zur Förderung des internationalen Studierendenaustauschs verwenden. Im Bereich der Infrastruktur fordert sie, Sanierungen voranzutreiben, Belastungen der Hochschulbudgets und Lohndumping durch die Hochschulbaugesellschaft zu verhindern sowie die Voraussetzungen für eine Inbetriebnahme der Forschungsinfrastruktur

BESSY III Mitte der 2030er-Jahre zu schaffen. Bei wissenschaftlichen Karrieren will sie über die Hochschulverträge mehr unbefristete Stellen finanzieren, ein Rückkehr- und Rekrutierungsprogramm für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler einrichten und bestehende Angebote wie Tenure Track, Dual-Career-Service, Hochschul-Kitas und Familienbüros ausbauen (vgl. AfD-Wahlprogramm, S. 35–38).

2.2.2 Analyse und Einordnung

Alle Parteien erkennen die verlässliche Hochschulfinanzierung und den Abbau des Sanierungsstaus als zentrale Herausforderungen, entwickeln aber keine vollständig ausgearbeitete Gesamtfinanzierung für Infrastruktur und Personal. Die CDU nennt mit Studienbeiträgen und Public-Private-Partnership-Modellen konkrete zusätzliche Finanzierungswege, wobei landesspezifische Gebühren für Studierende aus Nicht-EU-Staaten die internationale Attraktivität Berlins beeinträchtigen könnten. Wissenschaftliche Karrierewege behandelt sie nicht. SPD, Grüne und Linke verfolgen mit einer finanziell hinterlegten Forschungsstrategie, langfristigen Hochschulverträgen beziehungsweise einem Zielbild 2035 strategische Ansätze, deren Finanzierung und Umsetzung jedoch unterschiedlich konkret bleiben. Die SPD weist dem Land die Finanzierung des Hochschulbaus zu, erläutert aber ebenso wie Grüne und Linke nicht, wie die angekündigten Mehrausgaben dauerhaft im Haushalt abgesichert werden sollen. Bei der SPD sind insbesondere die stärkere Berücksichtigung von Transferleistungen und Transferfreisemester geeignet, die Durchlässigkeit wissenschaftlicher Karrierewege zu fördern. Die AfD will die Grundfinanzierung erhöhen und die Abhängigkeit von Drittmitteln reduzieren, ohne die dauerhafte Gegenfinanzierung überzeugend auszuführen. Zugleich stehen Studiengebühren für Nicht-EU-Studierende und die Stärkung des Deutschen als Wissenschaftssprache im Spannungsverhältnis zur angestrebten Gewinnung von internationalen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern. Übergreifend bleibt offen, wie die von mehreren Parteien geforderten zusätzlichen Dauerstellen langfristig finanziert und mit den Investitionen in die Hochschulinfrastruktur verbunden werden sollen.

Position des Stifterverbandes:

Aus Sicht des Stifterverbandes reicht die Debatte über die Höhe der Hochschulfinanzierung allein nicht aus. Entscheidend ist, ob Finanzierung, Personalentwicklung, Infrastruktur und Transfer zu einer gemeinsamen Strategie für den Wissenschafts- und Innovationsstandort Berlin verbunden werden. Eine verlässliche Grundfinanzierung bildet hierfür die Voraussetzung. Sie sollte durch wettbewerbliche Förderinstrumente, Kooperationen mit Wirtschaft und Gesellschaft sowie eine stärkere Vernetzung mit Förderprogrammen des Bundes und der Europäischen Union ergänzt werden. Nur so können wissenschaftliche Exzellenz, attraktive Karrierewege und innovationsgetriebene Wertschöpfung dauerhaft zusammenwirken

Wissenschaftliche Karrierewege sollten dabei gemeinsam mit Hochschulprofilen, Personalstrukturen und ihrer langfristigen Finanzierung entwickelt und durch verbindliche Ziele in Hochschulverträgen unterstützt werden. Rechtlich abgesicherte Experimentierräume können Hochschulen ermöglichen, neue Karriere- und Personalmodelle zu erproben und erfolgreiche Ansätze dauerhaft zu verankern. Zugleich sollte die Durchlässigkeit zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und weiteren gesellschaftlichen Bereichen durch personellen Austausch und die Anerkennung von Leistungen im Wissenstransfer verbessert werden, wobei neue Dauerstellen und Karriereinstrumente von Beginn an finanziell abgesichert sein müssen. Attraktive und planbare Karrierewege stärken damit nicht nur Berlins Position im internationalen Wettbewerb um wissenschaftliche Talente, sondern fördern durch personelle Mobilität und Wissenstransfer auch die Innovationsfähigkeit des Standorts.

2.3 Resilienz des Wissenschaftssystems und Wissenschaftsfreiheit

2.3.1. Parteiprogramme im Überblick

Die **CDU** will Wissenschafts- und Forschungsfreiheit schützen, die Hochschulautonomie sichern und zugleich Planungssicherheit durch Hochschulverträge sowie eine verlässliche Investitionsplanung schaffen. Die Zusammenarbeit im Berliner Wissenschaftsraum soll gestärkt werden, indem Modelle zur gemeinsamen Nutzung von Großgeräten, Laboren, Werkstätten und hochschulübergreifenden Dienstleistungen auf den gesamten Standort übertragen werden. Zudem will sie bürokratische Hürden und kleinteilige Steuerung durch eine Anpassung des Berliner Hochschulgesetzes abbauen (vgl. CDU-Wahlprogramm, S. 49).

Die **SPD** verbindet Wissenschaftsfreiheit mit dem Leitbild Berlins als offene und international attraktive Wissenschaftsmetropole. Sie garantiert Wissenschaftsfreiheit und will Hochschulen darin unterstützen, im Rahmen ihrer Autonomie gegen antisemitische und rassistische politische Agitation vorzugehen. Zugleich hält sie demokratischen Protest an Hochschulen ausdrücklich für möglich (vgl. SPD-Wahlprogramm, S. 43 und 45).

Die **Grünen** bekennen sich zur Wissenschaftsfreiheit und Hochschulautonomie und wollen Berlin zugleich als führenden Forschungsstandort für demokratische Resilienz profilieren sowie die Aufnahme bedrohter Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie Studierender ausbauen. Zur Stärkung der digitalen Souveränität sollen Abhängigkeiten von proprietären außereuropäischen Plattformen reduziert und europäische, gemeinwohlorientierte sowie quelloffene Lösungen und Standards gefördert werden. Darüber hinaus wollen sie die IT-Sicherheit der Hochschulen durch verbindliche Mindeststandards, regelmäßige Tests und eine landesweite Incident-Response-Struktur verbessern (vgl. Bündnis 90/Die Grünen-Wahlprogramm, S. 113–116).

Die **Linke** versteht freie Wissenschaft und Bildung als Grundrechte und Säulen der Demokratie und will Hochschulen als Orte offener Debatten erhalten. Politischen Angriffen und kommerziellem Verwertungsdruck auf Forschende und Forschungsinhalte will sie mit verlässlicher öffentlicher Finanzierung, Hochschulautonomie und konkreter Unterstützung für bedrohte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und Forschungsfelder begegnen. Die gesellschaftliche Öffnung der Wissenschaft soll durch Open Science, Open Research, Open Access und Wissenschaftskommunikation gestärkt werden. Zugleich will sie Zivilklauseln ausbauen und warnt davor, internationale Wissenschaftskooperationen unter dem Begriff der Forschungssicherheit pauschal als Sicherheitsrisiko zu behandeln (vgl. Die Linke-Wahlprogramm, S. 219–225).

Die **AfD** führt Gefährdungen der Wissenschaftsfreiheit auf politische Unduldsamkeit, bestimmte wissenschaftliche Ansätze, politischen Aktivismus und eine aus ihrer Sicht politisierte Fördermittelvergabe zurück. Gegen die von ihr beschriebene „Cancel Culture“ will sie Hochschulen gesetzlich zu einem Kodex Wissenschaftsfreiheit nach dem Vorbild der Universität Hamburg verpflichten. Zudem will sie die Hochschulautonomie stärken, Detailregelungen im Hochschulgesetz abbauen und den Anwendungsbereich der Innovationsklausel erweitern (vgl. AfD-Wahlprogramm, S. 34–35).

2.3.2 Analyse und Einordnung

CDU und SPD bekennen sich zur Wissenschaftsfreiheit und Hochschulautonomie, entwickeln jedoch nur begrenzt ein vertieftes Problemverständnis oder konkrete langfristige Schutzmaßnahmen. Die Grünen vertreten ein breiteres Resilienzverständnis, das neben Wissenschaftsfreiheit auch IT-Sicherheit, digitale Souveränität, Open-Source-Lösungen, den Schutz bedrohter Forschender und Forschung zu antidemokratischen Entwicklungen umfasst. Die Linke verbindet Wissenschaftsfreiheit mit öffentlicher Finanzierung, demokratischem Diskurs und der gesellschaftlichen Öffnung von Wissenschaft durch Open Science, Open Access und Wissenschaftskommunikation. Bei der AfD zeigt sich dagegen ein Widerspruch zwischen dem Bekenntnis zur Wissenschaftsfreiheit und der gleichzeitigen politischen Delegitimierung bestimmter Forschungsansätze, die sie pauschal mit Ideologisierung und „Cancel Culture“ verbindet. Insgesamt formuliert

keine Partei eine umfassende langfristige Strategie dafür, wie Wissenschaftsfreiheit, Hochschulautonomie und institutionelle Resilienz angesichts geopolitischer Unsicherheiten, digitaler Abhängigkeiten und politischer Angriffe dauerhaft geschützt werden sollen

Position des Stifterverbandes:

Aus Sicht des Stifterverbandes sollte die Landespolitik Hochschulen dabei unterstützen, Wissenschaftsfreiheit nicht nur rechtlich, sondern auch institutionell und praktisch zu sichern. Dazu gehören verlässliche Finanzierung, transparente und wissenschaftsgeleitete Entscheidungsverfahren sowie geeignete Schutz- und Beratungsangebote für Forschende, die politischen Angriffen oder Anfeindungen ausgesetzt sind. Zugleich sollten Hochschulen beim verantwortungsvollen Umgang mit sensiblen Forschungsergebnissen unterstützt werden, ohne Wissenschaftsfreiheit und internationale Zusammenarbeit pauschal einzuschränken. Darüber hinaus sollte die Landespolitik Hochschulen dabei unterstützen, den Dialog mit Gesellschaft, Politik und Wirtschaft auszubauen. Wissenschaftskommunikation, Beteiligungsformate und transparente Forschungsprozesse können dazu beitragen, Vertrauen in Wissenschaft zu stärken und die gesellschaftliche Legitimation wissenschaftlicher Einrichtungen langfristig zu sichern. Ziel sollte ein resilienter Wissenschaftsstandort sein, der Offenheit und Autonomie schützt und zugleich auf politische, digitale und geopolitische Risiken vorbereitet ist.

3. INNOVATIONSPOLITIK IN BERLIN

3.1 Ausgangslage und Kontext

Berlin verfügt über eine leistungsfähige Wissenschaftslandschaft, eine ausgeprägte Start-up-Szene und zahlreiche Transferinitiativen. Dennoch gelingt es nicht immer, wissenschaftliche Erkenntnisse in marktfähige Anwendungen, wachsende Unternehmen und industrielle Wertschöpfung zu überführen. Die zentrale innovationspolitische Herausforderung besteht daher darin, bestehende Strukturen besser zu verbinden und Forschungsergebnisse von der Entwicklung über die Erprobung bis zur Skalierung zu begleiten. Die Berliner Innovationspolitik ist dabei eng mit Brandenburg verflochten.

Die im Juli 2026 beschlossene *Innovationsstrategie der Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg 2035* bündelt die gemeinsame Politik in fünf Zukunftsbereichen: innovative Mobilität, digitale Technologien und Creative Tech, Gesundheit und Teilhabe, intelligente Energiesysteme sowie innovative nachhaltige Produktion und Materialien. Als übergreifende Erfolgsfaktoren nennt sie Wissens- und Technologietransfer, Innovationskultur und Entrepreneurship, lebenslanges Lernen und neue Arbeitsformen sowie innovationsfreundliche Rahmenbedingungen (Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe, 2026).

Von räumlicher Vernetzung zu wirksamem Transfer: Innerhalb Berlins unterstützen ausgewiesene Zukunftsorte die räumliche Vernetzung von Wissenschaft und Wirtschaft. Dazu gehören unter anderem Adlershof, Berlin-Buch, der Campus Charlottenburg, Schöneeweide, Berlin TXL und Siemensstadt (Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe, o. D.-a; Zukunftsorte Berlin, o. D.). Räumliche Nähe allein gewährleistet jedoch keinen erfolgreichen Transfer. Forschungsergebnisse müssen identifiziert, rechtlich abgesichert und weiterentwickelt werden. Forschende und Unternehmen benötigen zugängliche Beratung, Labore, Testfelder, Finanzierung und klare institutionelle Zuständigkeiten.

Die am 16. Juni 2026 vorgestellte *Berlin Transfer Bridge* soll als gemeinsamer strategischer und operativer Rahmen durchgängige Transferpfade unterstützen: von der Forschung über die Verwertung von Schutzrechten und die Gründung von Spin-offs bis zur Skalierung bestehender Unternehmen (Senatskanzlei Berlin, 2026). Ihre Leitprinzipien „schnell“, „fair“ und „unternehmerisch“ stehen für standardisierte und

transparente Verfahren, Partnerschaften auf Augenhöhe sowie klare und wettbewerbsfähige Regeln für geistiges Eigentum und Beteiligungen. Damit verbindet sie die forschungspolitische Strategie des Wissenschaftsressorts mit der Deep Tech Berlin Agenda des Wirtschaftsressorts (Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe und Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege, 2026).

Der Gründungsradar liefert hochschulbezogene Angaben und weist den Verbund Berlin Science & Startups auf Platz 19 im Ranking aller Hochschulen aus (Stifterverband, 2025). Das EXIST-Monitoring zeigt, dass Berlin seit 2007 zu den führenden Ländern bei Anträgen, Bewilligungen und Fördermitteln zählt und die TU, FU und HU Berlin gemessen an den eingeworbenen Fördermitteln des EXIST-Gründungsstipendiums zu den erfolgreichsten Hochschulen gehören. Für das Berliner Startup-Stipendium weist der zweite Förderaufruf von 2025 ein Volumen von bis zu 31 Millionen Euro aus, davon mindestens 6,6 Millionen Euro für „BSS Women“. Diese Angaben ersetzen jedoch keine Wirkungsanalyse zu tatsächlich entstandenen und gewachsenen Unternehmen (Projektträger Jülich, 2026; Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe, 2025).

Sicherheitsrelevante Forschung und Wissenssicherheit gewinnen an Bedeutung: Die InnoBB 2035 nimmt neben Resilienz und technologischer Souveränität ausdrücklich auch Beiträge zur Sicherheits- und Verteidigungsfähigkeit Deutschlands in den Blick. Offen bleibt, wie dieses Ziel in Berlin konkret ausgestaltet, gegenüber ziviler Sicherheitsforschung abgegrenzt und mit Wissenschaftsfreiheit, Zivilklauseln und internationaler Forschungskooperation vereinbart werden soll (Länder Berlin und Brandenburg, 2026).

Die Berliner Hochschulverträge verweisen auf die verantwortungsvolle und friedliche Nutzung wissenschaftlicher Ergebnisse, legen jedoch kein hochschulübergreifendes operatives Verfahren für den Umgang mit sicherheitsrelevanter Forschung fest. Entsprechende Regeln und Beratungsgremien bestehen teilweise auf Ebene einzelner Hochschulen. (Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege, o. D.-a; TU Berlin, o. D.).

Berlins Innovationsprofil gezielt weiterentwickeln: Kooperation, Ausgründungen und Sicherheitsforschung führen schließlich zur Frage der Priorisierung. Eine zu breite Förderung verteilt Mittel, Fachkräfte und Infrastruktur auf viele Felder; eine zu enge Festlegung kann neue Entwicklungen übersehen und wissenschaftliche Offenheit begrenzen. Die fünf Zukunftsbereiche der InnoBB 2035 bieten einen Rahmen, müssen aber durch nachvollziehbare Kriterien, Zuständigkeiten und langfristige Finanzierung konkretisiert werden. Profilbildung betrifft dabei nicht nur Technologien, sondern auch die Verbindung von Hochschulen, außeruniversitärer Forschung, Zukunftsorten, Clustern und Förderprogrammen.

Berlin besitzt damit sehr gute Voraussetzungen, wissenschaftliche Erkenntnisse in wirtschaftliche und gesellschaftliche Innovationen zu überführen. Entscheidend ist, bestehende Strukturen zu verbinden, Transferlücken zu schließen und ausgewählte Felder mit besonderem wissenschaftlichem, wirtschaftlichem und gesellschaftlichem Potenzial konsequent zu entwickeln. Die Wahlprogramme sollten daran gemessen werden, ob sie Kooperationen und Ausgründungen, Sicherheitsverständnis und Schwerpunktsetzung zu einem konsistenten Innovationsmodell verbinden.

3.2 Kooperationen zwischen Sektoren, Transfer und Start-ups

3.2.1. Parteiprogramme im Überblick

Die **CDU** will Wissenschaft, Start-ups, etablierte Unternehmen und Industrie stärker vernetzen, damit wissenschaftliche Erkenntnisse schneller in wirtschaftliche und gesellschaftliche Anwendungen überführt werden. Dafür nennt sie einen Gründungs- und Innovationspakt, ein Innovationsfreiheitsgesetz, Reallabore und Testfelder, einen einheitlichen Berliner Rahmen für geistiges Eigentum (IP-Rahmen) sowie die Verankerung von Transfer und Ausgründungen als dritte Säule in den Hochschulverträgen. Wissenschaftsbasierte

Gründungen sollen zudem durch UNITE¹, Entrepreneurship Education, Gründungs- und Transferfreisemester, ein Start-up-Praktikumsprogramm und bessere Finanzierungsmöglichkeiten unterstützt werden. Zukunftsorte, Cluster und Public-Private-Partnerships sollen Forschung, industrielle Anwendung und Skalierung enger miteinander verbinden und Wertschöpfung in Berlin halten (vgl. CDU-Wahlprogramm, S. 40–47).

Die **SPD** will die institutionsübergreifende Kooperation im Berliner Wissenschaftssystem fortführen und die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Wirtschaft stärker auf Ausgründungen aus den Hochschulen ausrichten. Mit einer finanziell unterlegten Reallaborstrategie, einem einheitlichen Berliner IP-Rahmen, gestärkten Transfer Offices und klaren Beteiligungsregeln sollen Forschungsergebnisse schneller in Anwendungen und Gründungen überführt werden. Transferleistungen sollen bei wissenschaftlichen Karrieren berücksichtigt und Gründungs- und Transferfreisemester ermöglicht werden; zugleich will die SPD Strukturen wie JUNI und gemeinsame Initiativen von Wissenschaft und Wirtschaft stärken. Die Berliner Start-up-Agenda soll mit einem stärkeren Fokus auf Vorgründung, Wachstum, Zukunftsbranchen und Kooperationen in der Metropolregion fortgeschrieben werden (vgl. SPD-Wahlprogramm, S. 10–11 und 43–44).

Die **Grünen** verstehen Berlin als Innovationsökosystem, in dem Wissenschaft, Start-ups, bestehende Unternehmen und Industrie über Zukunftsorte, Reallabore und Netzwerke wie UNITE enger zusammenwirken sollen. Ein Innovationsfreiheitsgesetz mit Experimentierklauseln und beschleunigten Verfahren soll die Erprobung neuer Technologien und Geschäftsmodelle erleichtern. Zusätzlich prüfen die Grünen eine landeseigene Innovationsagentur nach dem Vorbild der Bundesagentur für Sprunginnovationen SPRIND, die missionsorientiert arbeiten und anwendungsnahe Innovationen schneller in Wirtschaft, Industrie und öffentliche Strukturen überführen soll. Privates Kapital sowie eine landesweite Start-up-Beauftragte beziehungsweise ein Start-up-Beauftragter sollen Wachstum und Skalierung unterstützen und die Zusammenarbeit von Wirtschafts-, Wissenschafts- und Industriepolitik besser koordinieren (vgl. Bündnis 90/Die Grünen-Wahlprogramm, S. 96–99).

Die **Linke** will Berlins Hochschul- und Forschungslandschaft sowie die Start-up-Szene stärker für die bestehenden Industrieunternehmen erschließen, damit innovative Ideen auch in Berlin produziert werden. Hochschulen, Industrieunternehmen und IT-Dienstleister sollen dafür in Innovationsnetzwerken zusammenarbeiten, ergänzt um Forschungsk Kooperationen, duale Studiengänge und begleitete Abschlussarbeiten. Die gemeinsame Innovationsstrategie mit Brandenburg soll die jeweiligen Stärken und Bedarfe beider Länder besser verbinden. Insbesondere kleinere Unternehmen sollen einen einfacheren Zugang zu Informationen und Förderangeboten erhalten. Fördermittel, Beratungsangebote und Gründungsfinanzierung will die Linke zugleich stärker an Tarifbindung, Beschäftigung, ökologische Zukunftsfähigkeit und gemeinwohlorientierte Wirtschaftsformen knüpfen (vgl. Die Linke-Wahlprogramm, S. 86, 91–92)

Die **AfD** versteht Hochschulen als Innovationsmotor der Berliner Wirtschaft und fordert eine Transferstrategie, die wissenschaftliche Erkenntnisse stärker in praktische Anwendungen überführt. Dafür will sie Transfersemester, Technologiescouting und Validierungsforschung stärken sowie den Wissenschaftstransfer anhand überprüfbarer Indikatoren in den Hochschulverträgen verankern. Ausgründungen sollen durch Bürokratieabbau, eine engere Verzahnung von Hochschulen und Wirtschaft sowie einen zentralen Ort für das Berliner Start-up-Ökosystem nach Pariser Vorbild erleichtert werden. Ergänzend soll „Partner für Berlin“ zu einem zentralen digitalen Dienstleister für Gründungen und Investitionen mit Mentoring und gebündelten Dienstleistungen ausgebaut werden (vgl. AfD-Wahlprogramm, S. 35 und 46–47).

¹ Erläuterungen zu UNITE, JUNI und weiteren Berliner Initiativen finden sich im Glossar.

3.2.2. Analyse und Einordnung

Die Parteiprogramme unterscheiden sich weniger darin, ob Wissenschaft, Transfer und Gründungen gestärkt werden sollen, als vielmehr darin, welche Akteure dabei eine zentrale Rolle spielen, welche Instrumente eingesetzt werden und wie Innovationen langfristig skaliert werden sollen. CDU und SPD benennen mit Reallaboren, einem einheitlichen IP-Rahmen und der Förderung wissenschaftsbasierter Ausgründungen mehrere konkrete Instrumente. Die CDU entwickelt durch die differenzierte Vernetzung von Hochschulen, Start-ups, etablierten Unternehmen und Industrie ein besonders schlüssiges Kooperationsverständnis, während bei der SPD die Unternehmensperspektive weniger ausgeprägt bleibt. Beide Programme lassen jedoch offen, wie die zahlreichen Einzelmaßnahmen zu einer langfristigen und finanziell tragfähigen Transferstrategie verbunden werden sollen.

Die Grünen greifen die Vielfalt des Berliner Innovationsökosystems umfassend auf und beziehen neben Wissenschaft und Start-ups auch Industrie, Gewerbegebiete und privates Kapital ein. Bei einer landeseigenen Innovationsagentur nach dem Vorbild von SPRIND und einer oder einem Start-up-Beauftragten bleibt allerdings zu klären, ob dadurch wirksame Koordination oder Doppelstrukturen entstehen. Die Linke setzt vor allem auf klassische Kooperationen zwischen Hochschulen und Industrie sowie auf sozial-ökologische Transformation, unterscheidet aber nur begrenzt zwischen den spezifischen Bedarfen forschungsbasierter Ausgründungen, anderer Gründungen und bestehender Unternehmen. Die AfD nennt mit Transferseminaren, Technologiescouting und messbaren Indikatoren zwar einzelne Instrumente, verbindet diese jedoch nicht zu einer nachvollziehbaren Transferstrategie und erläutert nicht, welchen Mehrwert ein zentraler Ort für das räumlich und institutionell vielfältige Berliner Start-up-Ökosystem gegenüber bestehenden Strukturen bieten würde.

Position des Stifterverbandes:

Aus Sicht des Stifterverbandes liegt die Herausforderung für Berlin als international sichtbarer Forschungsstandort weniger in der Generierung neuer Ideen als in ihrer Überführung in Anwendung, Wachstum und Wertschöpfung. Transferpolitik sollte die gesamte Innovationskette berücksichtigen und Forschende, Gründungen und Unternehmen von der wissenschaftlichen Erkenntnis bis zur Skalierung unterstützen. Ziel ist, dass neue Technologien, Unternehmen und Arbeitsplätze dauerhaft in der Region entstehen und wachsen.

Innovationsökosysteme durch regionale Orchestrierung stärken: Viele der in den Wahlprogrammen genannten Ansätze, etwa Innovationscluster, Reallabore, Gründungszentren und regionale Netzwerke, können ihre Wirkung nur entfalten, wenn sie aufeinander abgestimmt sind. Entscheidend ist daher, bestehende Kooperationen regional besser zu koordinieren. Im Mittelpunkt stehen nicht einzelne Transferstellen, sondern Innovationsökosysteme, in denen Hochschulen, außeruniversitäre Forschungseinrichtungen, Unternehmen, Intermediäre, Kommunen und Zivilgesellschaft zusammenwirken.

Privates Kapital ergänzend mobilisieren: Angesichts begrenzter öffentlicher Mittel ist eine stärkere Beteiligung privater Akteure an der Finanzierung von Forschung, Transfer und Gründungen wichtig. Privates Kapital kann die öffentliche Finanzierung jedoch nur ergänzen und entbindet den Staat nicht von seiner Verantwortung für verlässliche Grundfinanzierung.

Transfer breiter verstehen: Transfer sollte nicht auf technologische Produkte und wirtschaftliche Verwertung verengt werden. Entsprechend einem breiten Innovationsbegriff können auch soziale Innovationen, GovTech-Lösungen und Prozessinnovationen zur regionalen Wertschöpfung und zum gesellschaftlichen Nutzen beitragen. Dafür braucht es Beratungs-, Förder- und Skalierungsangebote, die auch Gründungsideen aus den Geistes- und Sozialwissenschaften sowie gemeinwohlorientierte Vorhaben berücksichtigen.

3.3 Resilienz & sicherheitsrelevante Forschung

3.3.1. Parteiprogramme im Überblick

Die **CDU** will die Zusammenarbeit zwischen Berliner Hochschulen und der Bundeswehr stärken, Forschungsergebnisse für deutsche und NATO-bezogene Sicherheitsinteressen nutzbar machen und bestehende Zivilklauseln abschaffen. Berlin soll zu einem führenden Standort für Sicherheits- und Verteidigungstechnologien mit einem eigenen DefTech-Ökosystem und einem Technology Hub Sicherheits- und Verteidigungsindustrie Ost (TechHub SVI Ost) ausgebaut werden. Dabei sollen die Berliner Start-up-Szene und die Offenheit der Wissenschaftseinrichtungen für Dual-Use-Forschung dazu beitragen, neue Innovationsfelder zu erschließen und stärker an Investitionen im Sicherheits- und Verteidigungsbereich teilzuhaben (vgl. CDU-Wahlprogramm, S. 15, 43 und 47).

Die **SPD** will die kriminologische und sicherheitspolitische Forschung stärken und Berlin zu einem führenden Standort für evidenzbasierte Sicherheits- und Kriminalpolitik entwickeln. Dafür sollen Forschungseinrichtungen, Sicherheitsbehörden und Politik enger zusammenarbeiten, Herausforderungen von Metropolregionen untersuchen und regelmäßige Dunkelfeldstudien durchgeführt werden. Zugleich setzt sie auf europäische Kooperationen in der Cybersicherheit, um kritische Infrastrukturen und Wissenschaftseinrichtungen vor Cyberangriffen, KI-gestützten Bedrohungen und gezielter Desinformation zu schützen (vgl. SPD-Wahlprogramm, S. 28 und 30).

Die **Grünen** betrachten globale Abhängigkeiten und geopolitische Risiken als Herausforderungen für die industrielle Transformation und setzen auf resiliente Lieferketten, strategische Diversifizierung und eine stärkere europäische Einbettung. Für Berlin wollen sie eine Cybersicherheitsstrategie unter Einbindung von Wirtschaft und Zivilgesellschaft sowie verbindliche Mindeststandards und klare Zuständigkeiten für Verwaltung und kritische Infrastrukturen schaffen. Ergänzend unterstützen sie den Ausbau des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik zu einer Zentralstelle im Verhältnis zwischen Bund und Ländern (vgl. Bündnis 90/Die Grünen-Wahlprogramm, S. 103, 224 und 234).

Die **Linke** lehnt eine Ausweitung der Rüstungsindustrie und der militärischen Forschung in Berlin ab und will bestehende Zivilklauseln an Hochschulen erhalten. Rüstungsbetriebe sollen in Abstimmung mit Beschäftigtenvertretungen und Gewerkschaften in zivile Produktion überführt werden, um Arbeitsplätze mit nachhaltigen Industrie- und Transformationszielen zu verbinden. Digitale Sicherheitspolitik soll präventiv, defensiv und grundrechtskonform ausgerichtet sein. Dafür setzt die Linke auf NIS-2-konforme IT-Sicherheit, kontrollierbare KI und den Schutz kritischer Infrastrukturen, während sie biometrische Fernidentifizierung, umfassende Datenanalysen und Hackbacks ablehnt (vgl. Die Linke-Wahlprogramm, S. 96–97 und 258).

Die **AfD** betrachtet militärische Forschung als entscheidende Voraussetzung für die Einsatzfähigkeit der Bundeswehr und die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands. Eine grundsätzliche Ablehnung sicherheitsrelevanter Forschung schwäche aus ihrer Sicht die Streitkräfte und vergrößere die Abhängigkeit von militärischen Innovationen aus dem Ausland. Daher sollen Universitäten militärische Forschung grundsätzlich ermöglichen (vgl. AfD-Wahlprogramm, S. 37).

3.3.2. Analyse und Einordnung

Mehrere Parteien behandeln den Schutz kritischer Infrastrukturen ausführlich. Diese Positionen wurden jedoch nicht systematisch einbezogen, da sich die Analyse auf sicherheitsrelevante Forschung und die Zusammenarbeit von Wissenschaft und Wirtschaft konzentriert.

Die CDU greift mit der engeren Verzahnung von Hochschulen, Bundeswehr und Start-ups sowie der Öffnung für Dual-Use-Forschung aktuelle sicherheitspolitische Herausforderungen auf, richtet ihr Konzept jedoch vor allem auf militärische Forschung und Verteidigungstechnologien aus. Die SPD legt den Schwerpunkt breiter auf kriminologische und sicherheitspolitische Forschung, Cybersicherheit sowie den Schutz

kritischer Infrastrukturen und Wissenschaftseinrichtungen. Die Grünen behandeln sicherheitsrelevante Forschung nicht ausdrücklich, verbinden Resilienz aber mit Cybersicherheit, resilienten Lieferketten, europäischer Einbettung und dem Schutz kritischer Infrastrukturen. Die Linke hält an Zivilklauseln fest und stellt militärische Forschung und Rüstungsproduktion einer nachhaltigen industriellen Transformation gegenüber, während sie im Bereich innerer und digitaler Sicherheit auf grundrechtskonforme KI-Nutzung und defensive Cybersicherheit setzt. Die AfD versteht sicherheitsrelevante Forschung dagegen vor allem als militärische Forschung zur Stärkung der Verteidigungsfähigkeit. Insgesamt fehlt in den Programmen ein differenziertes Verständnis sicherheitsrelevanter Forschung, das militärische und zivile Anwendungsbereiche ebenso einbezieht wie Cybersicherheit, technologische Souveränität, den Schutz kritischer Infrastrukturen und resiliente Versorgungssysteme.

Position des Stifterverbandes:

Aus Sicht des Stifterverbandes sollten Hochschulen und Forschungseinrichtungen daher in die Lage versetzt werden, sicherheitsrelevante Forschung verantwortungsvoll zu betreiben. Dafür braucht es transparente Governance-Strukturen, Ethik- und Beratungskompetenzen sowie klare Verfahren für den Umgang mit sicherheitsrelevanter Forschung

Eine Analyse von Stifterverband und McKinsey zeigt, dass Deutschland zwar über eine breite wissenschaftliche Basis für sicherheitsrelevante Forschung verfügt, Forschung, Erprobung und Anwendung aber noch unzureichend miteinander verbunden sind. Mehr als die Hälfte der 419 untersuchten Hochschulen forscht in Feldern, die auch sicherheits- oder verteidigungsrelevant genutzt werden können. Bei höheren Investitionen und einem besseren Transfer beziffert die Studie das zusätzliche Wertschöpfungspotenzial für Deutschland auf bis zu 22 Milliarden Euro jährlich. Diese bundesweite Schätzung lässt sich nicht unmittelbar auf Berlin (und Brandenburg) übertragen, verdeutlicht aber die wirtschaftliche Bedeutung eines besser verbundenen Forschungs- und Innovationssystems (Stifterverband & McKinsey & Company, 2026).

4. FAZIT: ZUKUNFTSBILDER FÜR DEN WISSENSCHAFTS- UND INNOVATIONSSTANDORT BERLIN

Wissenschaft, Technologie und Innovation spielen in allen Wahlprogrammen eine wichtige Rolle für die zukünftige Entwicklung Berlins. Die Parteien knüpfen dabei an die vielfältige Hochschul- und Forschungslandschaft, das ausgeprägte Start-up-Ökosystem sowie die wirtschaftlichen und industriellen Potenziale der Stadt an. Sie unterscheiden sich jedoch in ihren Vorstellungen von den Rahmenbedingungen für Wissenschaft, den Formen des Transfers, den technologischen Schwerpunkten und dem künftigen Innovationsprofil Berlins. Die folgende Übersicht fasst die zentralen wissenschafts- und innovationspolitischen Schwerpunkte sowie die daraus abgeleiteten Zukunftsbilder der Parteien zusammen.

Partei	Rahmenbedingungen für Wissenschaft	Kooperationen & Transfer	Technologie- und Innovationsschwerpunkte	Zukunftsbild für Berlin
CDU	Zusätzliche Studienbeiträge für bestimmte Gruppen; verlässliche Investitionsplanung, Abbau des Sanierungsstaus und Weiterentwicklung der Hochschulbaugesellschaft; Schutz von Wissenschaftsfreiheit und Hochschulautonomie	Transferkette von Hochschulen und Forschungseinrichtungen über Start-ups bis zu etablierten Unternehmen und Industrie; Innovationsfreiheitsgesetz, Reallabore, IP-Rahmen, Entrepreneurship Education, UNITE und öffentlich-private Partnerschaften	KI, Deep Tech, Creative Tech, Pharma und Gesundheit, Umwelt- und Klimatechnologien sowie sicherheitsrelevante Technologien	Internationale Hightech-, Gründungs- und Industriemetropole , die Forschung schneller in skalierbare Anwendungen überführt und Berlin auch als DefTech-Standort positioniert
SPD	Stabile Hochschulfinanzierung; landesfinanzierter Hochschulbau, mehr Dauerstellen und Tenure Track; Wissenschaftsfreiheit und internationale Spitzenforschung	Institutionsübergreifende Kooperation innerhalb der Wissenschaft und mit Wirtschaft und Gesellschaft; Reallabore, IP-Rahmen, Transfer Offices, JUNI sowie Gründungs- und Transferfreisemester	Gesundheit und Lebenswissenschaften, KI, Deep Tech, Quanten- und Biotechnologie, Mobilität, Klima, GovTech, Luft- und Raumfahrt, Verteidigung und Resilienz	Europäischer Innovationsstandort Nummer 1 , der Spitzenforschung, Produkte „Made in Berlin“, gute Arbeitsplätze und gesellschaftliche Teilhabe verbindet
Bündnis 90/Die Grünen	Langfristige, partizipativ entwickelte Hochschulverträge; mehr Dauerstellen und sanierte Infrastruktur; Wissenschaftsfreiheit, digitale Souveränität und institutionelle Resilienz	Innovationsökosystem aus Wissenschaft, Start-ups, KMU und Industrie; Zukunftsorte, UNITE, Reallabore und Experimentierklauseln; Prüfung einer landeseigenen Innovationssagentur nach SPRIND-Vorbild und Mobilisierung privaten Kapitals	Klima, Energie und Mobilität, Digitalisierung, Gesundheit und Life Sciences, Kreativwirtschaft, Kreislaufwirtschaft, klimaneutrale Industrie sowie soziale und demokratische Innovationen	Klimaneutrale, digital souveräne und resiliente Transformationsmetropole , die wirtschaftliche Stärke mit ökologischer Verantwortung und gesellschaftlichem Mehrwert verbindet
Die Linke	Auskömmliche öffentliche Finanzierung, verlässliche Hochschulverträge und Zielbild 2035; Dauerstellen für Daueraufgaben; Wissenschaftsfreiheit, Open Science, Schutz bedrohter Forschender und Zivilklauseln	Netzwerke zwischen Hochschulen, Industrie, IT-Dienstleistern und Gesellschaft; Forschungsk Kooperationen und gesellschaftlicher Transfer; Förderung kleinerer und gemeinwohlorientierter Unternehmen	Digitalisierung, KI, Kreativ- und Gesundheitswirtschaft, Speicher- und Batterietechnologien, Kreislaufwirtschaft, Open Source, zivile Innovationen	Demokratischer, gemeinwohlorientierter und sozial-ökologischer Wissenschafts- und Produktionsstandort mit guter Arbeit, regionaler Wertschöpfung und gesellschaftlich zugänglicher Wissenschaft

AfD	Höhere Grundfinanzierung; nachgelagerte Studiengebühren und Gebühren für Nicht-EU-Studierende; mehr unbefristete Stellen, Deutsch als Wissenschaftssprache und Öffnung für militärische Forschung	Transfersemester, Technologiescouting und Validierungsforschung; Transferindikatoren in Hochschulverträgen; zentraler Ort für das Start-up-Ökosystem und digitaler One-Stop-Shop	Luft- und Raumfahrt, Gesundheit, Halbleiter, KI, Robotik, 3D-Druck, Quantencomputing, IT-Sicherheit und militärische Forschung	Industrie- und Hochtechnologiestandort, der Hochschulen stärker als Wirtschaftsmotoren nutzt und militärische Forschung in die technologische Standortentwicklung einbezieht
------------	---	--	--	---

Die Programme formulieren zahlreiche Zukunftsfelder, aber nur selten nachvollziehbare Kriterien für deren Priorisierung oder eine Verbindung von Hochschulfinanzierung, Transfer, Gründungsförderung und Technologiepolitik zu einer langfristigen Gesamtstrategie. Die Analyse zeigt, dass die Parteien Wissenschaft und Innovation übereinstimmend als zentrale Zukunftsfaktoren für Berlin betrachten. Die Unterschiede liegen weniger in einzelnen Instrumenten als in den Vorstellungen darüber, wie Innovation entsteht und welche Rolle Wissenschaft und Innovation für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung der Stadt übernehmen sollen

Aus Sicht des Stifterverbandes sollte Berlin deshalb seine wissenschaftlichen, wirtschaftlichen und infrastrukturellen Stärken in wenigen strategischen Feldern bündeln, diese in langfristigen Roadmaps verankern und gezielt in die Hightech Agenda Deutschland einbringen, um kritische Masse, internationale Sichtbarkeit und nachhaltige Innovationsdynamik aufzubauen.

Wahlprogramme formulieren politische Zielvorstellungen und Schwerpunkte, ersetzen jedoch keine ausformulierten Regierungs- oder Innovationsstrategien. Sie geben dennoch wichtige Hinweise darauf, welche Leitbilder und Prioritäten die Parteien in die Weiterentwicklung des Wissenschafts- und Innovationsstandorts Berlin einbringen könnten.

Was bedeuten die Ergebnisse ...

... für die Umsetzung der Innovationsstrategie Berlin-Brandenburg 2035?

Die neue Berliner Landesregierung übernimmt Verantwortung zu einem Zeitpunkt, an dem mit der Innovationsstrategie Berlin-Brandenburg 2035 ein gemeinsamer strategischer Rahmen bereits vorliegt. Die Analyse zeigt jedoch unterschiedliche Vorstellungen darüber, welche Rolle Wissenschaft, Unternehmen, Start-ups, Industrie und Gesellschaft im Innovationssystem übernehmen und welche technologischen und gesellschaftlichen Ziele priorisiert werden sollen. Für die Umsetzung der Strategie muss Berlin daher konkretisieren, in welchen Feldern die Stadt besondere Verantwortung übernehmen und wie sie ihre Stärken mit den Potenzialen Brandenburgs verbinden will. Dabei sollte zunächst geprüft werden, welche Zukunftsorte, Netzwerke, Förderinstrumente und Transferstrukturen bereits wirksam sind, wo Überschneidungen bestehen und welche Finanzierungs-, Transfer- oder Koordinierungslücken fortbestehen.

... für Hochschulen und Forschungseinrichtungen?

Für Hochschulen und Forschungseinrichtungen ist relevant, welche Rolle ihnen die Parteien im künftigen Innovationssystem zuweisen. Die wachsende Bedeutung sicherheitsrelevanter Forschung wirft neue Fragen zur Ausgestaltung internationaler Kooperationen, zum Schutz sensiblen Wissens und zum verantwortungsvollen Umgang mit möglichen Risiken auf. Dabei entsteht ein Spannungsfeld zwischen Sicherheitsinteressen, Wissenschaftsfreiheit und internationaler Offenheit. Die Parteipositionen geben Hinweise darauf, wie dieses Verhältnis künftig politisch ausgestaltet werden könnte.

... für Unternehmen und Start-ups?

Für Unternehmen und Start-ups ist relevant, ob Berlin seine Attraktivität als Gründungs- und Wachstumsstandort sichern kann. Die Parteipositionen unterscheiden sich darin, wie sie den Zugang zu Forschung, Kapital und Erprobungsmöglichkeiten gestalten wollen. Für forschungsbasierte Gründungen ist zudem bedeutsam, ob die Unterstützung über die Vorgründungsphase hinaus bis zur Skalierung reicht. Damit ist auch die Frage verbunden, ob innovative Unternehmen dauerhaft in Berlin wachsen, Arbeitsplätze schaffen und regionale Wertschöpfung aufbauen können.

... für die Menschen in Berlin und darüber hinaus?

Für die Menschen in Berlin ist relevant, welchen Beitrag Wissenschaft und Innovation zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung sowie zur Resilienz der Stadt leisten. Dies betrifft insbesondere sichere Infrastrukturen, eine verlässliche Versorgung und den Umgang mit den Folgen des Klimawandels. Die Wahlprogramme unterscheiden sich darin, wie sie wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und sicherheitspolitischen Nutzen gewichten. Damit prägen ihre Zukunftsbilder auch die Frage, welche konkreten Verbesserungen Wissenschaft und Innovation für Lebensqualität, Teilhabe und staatliche Handlungsfähigkeit bewirken können. Als Hauptstadt, Wissenschaftsmetropole und internationaler Innovationsstandort strahlen wissenschafts- und innovationspolitische Entscheidungen Berlins zudem über die Stadt hinaus aus und können nationale sowie europäische Entwicklungen mitprägen.

Wissenschafts- und Innovationspolitik erhält im Wahlkampf möglicherweise nicht dieselbe Aufmerksamkeit wie andere Politikfelder. Die damit verbundenen Entscheidungen prägen jedoch nicht nur die Entwicklung der Berliner Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Unternehmen. Sie beeinflussen auch die Wettbewerbsfähigkeit und Resilienz der Hauptstadt sowie die Rolle, die Berlin künftig im deutschen, europäischen und internationalen Innovationssystem einnehmen kann.

GLOSSAR

Berliner Startup-Stipendium (BSS)	Landesprogramm zur finanziellen und fachlichen Unterstützung innovativer Gründungsteams mit Berlin-Bezug. BSS Women bezeichnet die gezielte Förderung von Teams mit einem hohen Frauenanteil. [startup-in...tor.berlin]
BESSY III	Geplante Nachfolgeanlage der Synchrotronstrahlungsquelle BESSY II in Berlin-Adlershof. Sie soll ab Mitte der 2030er-Jahre insbesondere für Material- und Energieforschung zur Verfügung stehen und von Wissenschaft und Industrie genutzt werden. [helmholtz-berlin.de] , [helmholtz-berlin.de]
Deep Tech Berlin Agenda	2026 beschlossener strategischer Rahmen Berlins, um wissenschaftliche und technologische Entwicklungen schneller in Anwendungen, Unternehmen und Wertschöpfung zu überführen. [berlin.de] , [braincity.berlin]
Forum Gute Arbeit	In den Hochschulverträgen verankertes Dialogforum des Landes, der Hochschulen, Beschäftigtenvertretungen und Gewerkschaften zu Arbeitsbedingungen, Karrierewegen und Personalentwicklung. [berlin.de] , [berlin.de]
InnoBB 2035	Kurzbezeichnung für die 2026 beschlossene <i>Innovationsstrategie der Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg 2035</i> . Sie bildet den gemeinsamen Rahmen für die Innovationspolitik beider Länder und definiert fünf Zukunftsbereiche sowie vier Erfolgsfaktoren. [innobb.de] , [berlin.de]
JUNI	Startup Factory für wissenschafts- und technologiegetriebene Gründungen in Berlin und Brandenburg. Sie unterstützt Gründungsteams von der frühen Ideenphase bis zum Markteintritt und zur Skalierung. JUNI ist die heutige Bezeichnung der zunächst unter dem Namen UNITE entwickelten Startup Factory. [juni.science] , [startup-factories.de]
Pakt für Forschung und Innovation (PFI)	Vereinbarung von Bund und Ländern zur langfristigen Finanzierung der großen außeruniversitären Wissenschaftsorganisationen. Der PFI dient der Planungssicherheit und ist kein Finanzierungspakt für Hochschulen. [bmfr.bund.de]
UNITE Sciences e. V.	Zusammenschluss von Wissenschaftseinrichtungen aus Berlin und Brandenburg zur Förderung unternehmerischer Talente, des Wissens- und Technologietransfers und wissenschaftsbasierter Gründungen. Der Verein ist in die Governance der Startup Factory eingebunden. [adlershof.de] , [startup-factories.de]
Zukunftsorte Berlin	Räumlich konzentrierte Standorte, an denen Wissenschaft, Start-ups, Unternehmen und teilweise industrielle Produktion zusammenkommen. Dazu zählen unter anderem Adlershof, Berlin-Buch, Campus Charlottenburg, Schöneeweide, Berlin TXL und Siemensstadt.

LITERATURVERZEICHNIS

Wahlprogramme

- CDU Landesverband Berlin. (2026). *Berlin wird. Regierungsprogramm 2026–2031*. Beschlossen auf dem Landesparteitag am 9. Juni 2026.
- SPD Landesverband Berlin. (2026). *Wieder Berlin mit Steffen Krach. Wahlprogramm zur Abgeordnetenhauswahl 2026*.
- BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Landesverband Berlin. (2026). *Politik ändern. Berlin bleiben. Wahlprogramm zur Abgeordnetenhauswahl 2026*. Beschlossen auf der Landesdelegiertenkonferenz am 14. und 15. Februar 2026.
- Die Linke Landesverband Berlin. (2026). *Berlin bezahlbar machen. Wahlprogramm von Die Linke für die Abgeordnetenhauswahl am 20. September 2026*.
- AfD Landesverband Berlin. (2026). *Berlin. Stark. Machen. Programm der AfD Berlin für die Wahlen am 20. September 2026*.

Sekundäre Literatur und Quellen:

- Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (2025): Studierende und Studienanfänger an Hochschulen in Berlin, Wintersemester 2024/25, 2. korrigierte Ausgabe. https://download.statistik-berlin-brandenburg.de/65a6a2e3442afb3a/af7602126757/SB_B03-08-00_2024j01_BE.pdf
- BerlHG (2026): Berliner Hochschulgesetz, aktuelle Fassung. <https://gesetze.berlin.de/bsbe/document/jlr-HSchulGBE2011V32IVZ>
- BHT (2021): Promotionsrecht für Berliner HAW. <https://www.bht-berlin.de/232/article/7837>
- BHT (2026): Haushaltskürzungen: Die BHT muss sparen. <https://www.bht-berlin.de/haushaltskuerzungen>
- Bundesverfassungsgericht (2025): Beschluss vom 25. Juni 2025, 1 BvR 368/22. https://bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2025/06/rs20250625_1bvr036822.html
- CHE (2025a): Studierende in Berlin. <https://hochschuldaten.che.de/berlin/studierende/>
- CHE (2025b): Studienabschlüsse in Berlin. <https://hochschuldaten.che.de/berlin/studienabschluesse/>
- DFG (o. D.): Zum Umgang mit sicherheitsrelevanter Forschung. <https://www.dfg.de/de/grundlagen-themen/grundlagen-und-prinzipien-der-foerderung/sicherheitsrelevante-forschung>
- Fraunhofer HHI (o. D.): APECS - Advanced Packaging and Heterogeneous Integration for Electronic Components and Systems. <https://www.hhi.fraunhofer.de/abteilungen/technologie-und-infrastruktur/projekte/apecs.html>
- Fraunhofer IPMS (2024): Chiplet-Innovationen für Europa: Startschuss für die APECS-Pilotlinie. <https://www.ipms.fraunhofer.de/de/press-media/press/2024/APECS-Pilotlinie.html>
- GG: Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, Art. 5 Abs. 3. https://www.gesetze-im-internet.de/gg/art_5.html
- Konsortium BuWiK (2025): Bundesbericht Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in einer frühen Karrierephase 2025. <https://buwik.de/interaktiver-bericht/teil-b/>
- Länder Berlin und Brandenburg (2026): Innovationsstrategie der Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg 2035. <https://innobb.de/sites/default/files/2026-07/Innovationsstrategie-der-Hauptstadtregion-Berlin-Brandenburg-2035.pdf>
- LKRP (2026): Hochschulverträge: Berliner Hochschulen unterzeichnen Änderungsvertrag. <https://www.lkrp-berlin.de/aktuelles/260211-hochschulvertraege-unterzeichnet/index.html>
- Projekträger Jülich (2026): Das EXIST-Gründungsstipendium in Zahlen, Monitoringbericht Nr. 5. https://exist.de/wp-content/uploads/2026/06/EGS_Monitoringbericht_2025.pdf
- Senatskanzlei Berlin (2025): Senat beschließt Änderungsverträge mit den Hochschulen und der Charité. <https://www.berlin.de/rbmskzl/aktuelles/pressemitteilungen/2025/pressemitteilung.1598308.php>

- Senatskanzlei Berlin (2026): Berlin Transfer Bridge vorgestellt: Ideen von der Forschung auf den Markt. <https://www.berlin.de/rbmskzl/aktuelles/pressemitteilungen/2026/pressemitteilung.1682244.php>
- Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe (2025): Neuer Fördercall für das Berliner Startup Stipendium gestartet. <https://www.berlin.de/sen/web/presse/pressemitteilungen/2025/pressemitteilung.1587317.php>
- Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe (2026a): Neue Innovationsstrategie für die Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg beschlossen: InnoBB 2035. <https://www.berlin.de/sen/web/presse/pressemitteilungen/2026/pressemitteilung.1693458.php>
- Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe (o. D.-a): Zukunftsorte. <https://www.berlin.de/sen/wirtschaft/technologiezentren-zukunftsorte-smart-city/zukunftsorte/artikel.109346.php>
- Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe und Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege (2026): Berlin Transfer Bridge - Operationalisierungskonzept. https://www.berlin.de/deeptech/assets/20260616_berlin-transfer-bridge_arbeitsversion.pdf
- Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe Berlin & Ministerium für Wirtschaft, Energie, Klimaschutz und Europa des Landes Brandenburg. (2026). Innovationsstrategie der Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg 2035. Berlin/Potsdam.
- Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege (2024): Hochschulverträge 2024-2028 unterzeichnet. <https://www.berlin.de/sen/wgp/presse/2024/pressemitteilung.1418026.php>
- Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege (2026a): Änderungsverträge der Hochschulverträge unterzeichnet. <https://www.berlin.de/sen/wgp/presse/2026/pressemitteilung.1642230.php>
- Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege (o. D.-a): Hochschulverträge. <https://www.berlin.de/sen/wissenschaft/politik/hochschulvertraege/>
- Stifterverband (2025): Gründungsradar 2025, große Hochschulen. https://gruendungsradar.de/sites/gruendungsradar/files/2025-03/gruendungsradar_2025_grosse_hochschulen.pdf
- Stifterverband. (2026). Hochschul-Barometer 2024: Lage und Entwicklung der Hochschulen aus Sicht ihrer Leitungen.
- TU Berlin (o. D.): Forschung und Ethik, Kommission für Ethik in der Forschung. <https://www.tu.berlin/forschen/forschungsprofil/forschung-und-ethik>
- Wissenschaftsrat (2025): Wissenschaft und Sicherheit in Zeiten weltpolitischer Umbrüche, Positionspapier, Drs. 2485-25. <https://www.wissenschaftsrat.de/download/2025/2485-25.pdf>
- Zukunftsorte Berlin (o. D.): Unsere Zukunftsorte. <https://zukunftsorte.berlin/standorte/>
- Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe Berlin & Ministerium für Wirtschaft, Energie, Klimaschutz und Europa des Landes Brandenburg. (2026). Innovationsstrategie der Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg 2035. Berlin/Potsdam.

Impressum

Essen, 2026

Herausgeber

Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft e.V.
Baedekerstraße 1 . 45128 Essen
T 0201 8401-0 . mail@stifterverband.de
www.stifterverband.org

Autorinnen und Autoren

Dr. Pascal Hetze
Dr. Svetoslava Antonova Baumann
Anastasia Tomskikh
Marian Burk

Redaktion

Simone Höfer

Zitationshinweis

Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft: Wahlprogrammanalyse Berlin. Eine Untersuchung wissenschafts- und innovationspolitischen Positionen der Parteien. Essen, 2026.

Disclaimer: Für die sprachliche Überarbeitung dieses Textes wurde ChatGPT 5.6 Think im Microsoft Copilot genutzt. Die inhaltliche Verantwortung verbleibt bei den Autorinnen und Autoren.
